

# Sozialdemokratisches Organ

**Verkaufsstelle**  
 Halle a. S.,  
 Markt 10, im  
 Hause des  
 Herrn  
 ...

**Verkaufsstelle**  
 Halle a. S.,  
 Markt 10, im  
 Hause des  
 Herrn  
 ...

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
 Expedition: Part. 42/43. Gedruckt werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

## Unterm Belagerungszustand.

Die Halleische Sozialdemokratie muß ihre Parteigeschäfte „heimlich“ im Freien erledigen.

Der Schlag, den die Halleische Polizei der Arbeiterbewegung durch geschwundene Heberung der geschlossenen Mitgliederveranstaltungen versetzte, ist am Sonntag glänzend und mit Wucht pariert und zurückgegeben worden.

Die Parteilieferung betraf „heimlich“ von Mund zu Mund eine Generalversammlung nach einem sichern Platz in Waldein und über 1000 Genossen und Genossinnen erlebten dort in erster Arbeit alle wichtigen und dringenden Parteiangelegenheiten. Die Strategie der Partei funktioniert besser als die Strategie der Polizei, denn erst Stundenlang nach Beendigung der Tagung besetzte die genarrte „Ordnung“ das Kampfterrain.

Die Polizei mag sich merken, daß die Halleische Arbeiterbewegung kein Einberufungsblatt ist, mit dem eine Laune oder ein Scherzspiel (wie am Pfingstsonntag) fertig werden könnte! Die Arbeiterbewegung geht ihren Weg, so oder so! Sie achtet sich gegen Methoden der Laune und der Gewalt, der Mißrat und der Schikane mit geschickter Strategie an und konsolidiert sich immer fester und geschlossener als „Staat im Staat“.

Einstimmig beschloß die Generalversammlung folgende Resolution:

Die im Freien tagende, von 1000 Mitgliedern besetzte Generalversammlung dankt dem Halleischen Polizeikommando für die Verhinderung der Parteiveranstaltungen, die durch die ganz spezielle Halleische Polizeipolitik sogar zur Aufhebung der wichtigsten Parteiveranstaltungen und Verhinderung der Parteiveranstaltungen geführt hat, die durch das Verbot der Parteiveranstaltungen seit dem 15. Mai 1909 eingetreten waren und auch bis zum September 1910 in Halle anerkannt wurden.

Die Versammlung gibt dementsprechend den Willen kund, sich für den neuen ungeschicklichen Heberungszustand unter seinen Umständen zu fügen, da die Gefahr besteht, daß sonst diese Halleische Polizeipolitik sofort auf das ganze Reich ausgedehnt werde.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, alle Mittel zu ergreifen und zu erschöpfen, um die höchsten Forderungen der Klassenkämpfe „Recht“ und der Gerechtigkeit zu einer Klassenentscheidung zu zwingen. Die Versammlung verpflichtet sich zu verbesserter Kampfschärfe und erwartet von der Parteileitung, daß sie auch weiterhin geschickte Vorkehrungen treffe, um die Arbeiter und Geschäfte der Partei in heillosen Polizeihandlungen, Verhinderung und Gewalttätigkeit erleiden zu können.

Diese Willensfindung bedeutet mehr als eine Prügelei, wie auch die Polizei bald genug werden wird. Die Arbeiterklasse hat den Fehdehandschuh aufgegriffen und bemutet jetzt die Polizei als jene Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft!

Die Arbeiterbewegung will man niederhalten, will man schwächen? Torum! Es gibt kein Mittel, das unsere Reihen enger schließen und unsere Kampfkraft energischer machen könnte, als der Halleische Polizeisturz. Das Zangen des Säbels am Pfingstsonntag und die gewalttätige Verhinderung und Auflösung der Mitgliederveranstaltungen haben eine Klarheit über den wahren Charakter des Klassenkampfes und einen Geist unter den Mitgliedern geweckt, die wir alle lebhaft begrüßen müssen. Die Polizei läßt die Arbeiterklasse mit einer Schärfe von den besitzenden Klassen los, die nicht zu überstreifen ist. Sie zwingt uns, alle Kampfesgegenstände zu entfallen! Wir gewinnen nicht, alle Erfahrungen im „Erzählen“ und „Mandrieren“ im Freien! Wir müssen unsere Feinde wieder strategische Aktionen erleben und entwickeln dadurch unsere strategischen Fähigkeiten.

Wir gewinnen Macht!  
 Und diese Macht werden wir auszubereiten suchen, werden unsere Kreise immer weiter strecken und immer größere Volksmassen umfassen. Bereits am Freitag werden große Versammlungsversammlungen im Waldpark die ganze Frage des Polizeisturzes in Preußen und speziell in Halle aufrollen. So beschloß die „heimliche“ Versammlung einstimmig:  
 Das Volk ist geladen. Es wird kommen und richten!

## Wahlparole und Block.

Der schwarzblaue Blod von Junker und Pfaff ist in schwerer Not. Er hat die letzte Reichsfinanzreform gemacht und will im neuen Reichstage die erhöhte Wucherzollgesetzgebung machen. Diese Gängelchen peitscht aber die Empörung der Wähler gewaltig auf, was gerade die Wählerdrücker am lebhaftesten spürten.

Also: man braucht eine Wahlparole, die ablenken soll. Weibe Blodflügel, der schwarze und der blaue, bestärken die Regierung um ein Zeichen für eine Wahlparole, da man selber unfähig ist, seine schimpflichsten Sünden zu bedenken. Die Germania setzt sich freilich aufs hohe Ross und versichert, das Zentrum bedürfe keiner Wahlparole, verlangt in der Nummer vom Sonnabend dringend, daß die Regierung endlich das Bisher öffne.

Einmal muß doch bekannt werden, was die Regierung will, einzeln, ob es verschiedenen Leuten, auf die sie viel leicht noch Hoffnungen setzt, gefällt oder nicht. Das Jögern kann verhängnisvoll werden, wenn der richtige Augenblick zum Handeln verpaßt wird. Sozialdemokratie und Liberalismus sind eifrig an der Arbeit, daß man mit der Gegenarbeit leicht zu spät kommen kann.

Wethmann hilft — Den gleichen Aufstoß haben die Junker aus. Die Deutsche Tageszeitung fordert in ihrer Sonntagsnummer in einem mehr als dreißigseitigen Leitartikel gleichfalls und wiederholt dringend „Räufung und Sammlung“. Nach einer langen Erörterung über die Notwendigkeit einer Regierungswahlparole schreibt das agrarische Blatt:

Es ist spät, sehr spät! Aber soll die gebotene Klärung vorbeigeht, soll zur Sammlung die Bahn bereitet werden, dann muß die Regierung sich an der Wahlparole und an der Wahlparole halten, dann darf sie sich nicht scheuen, offen zu bekennen, daß die Finanzreform die sich jetzt nicht nur gegen den sogenannten und angeblichen schwarz-blauen Blod richtet, sondern gegen die Regierung selbst, und in gewissen Sinne gegen die Staat und seine Autorität. Unablässig muß sie bemüht sein, mit allen Mitteln das Volk über die Wirkung der Reform aufzuklären, insbesondere auch darüber, daß die angeblich so verhassten neuen indirekten Steuern hätten kommen müssen, auch wenn die Erbschaftsteuer angenommen worden wäre.

Dieser Schwindel würde aber ganz und gar nicht zichen, denn er wäre hohl und morisch und wird wohl ernsthaft auch nicht beachtet werden. Das Reich braucht nicht nur seine neuen Lebensmittelmessuren, sondern könnte schrittweise die alten aufheben, wenn nur eben die Weichen durch eine genügende Neupointennennungen, Vermögens- und Erbschaftsteuer zum Steuerabgaben gezwungen würden.

Das Agrarierblatt stellt nun aber seinerseits Forderungen für die kommenden Reichstagswahlen auf, die wohl als Grundzüge der gewöhnlichen Regierungswahlparole dienen könnten. Da soll sich zunächst die Regierung erklären über ihren guten Willen zu „unabhängigen Sparmaßnahmen“, da soll sich die Regierung über den neuen Sozialistifizierungsplan und wie es mit den Vorbereitungen hierzu stehe. Bestimmte Worte des Reichsanwalters genügen nicht mehr. Man muß wissen, wie der Reichsanwalt über die notwendige Ausgestaltung (!) des Tarifs und über den erforderlichen Ausbaur (!) des Schutzgollsystems denke. Und endlich müsse die Regierung erklären, was sie gegen die sozialdemokratischen „unverhältnismäßig revolutionären Feinde des monarchischen Staates und seiner Ordnung“ zu unternehmen gedenke. Die Gefahr rüde unheimlich näher und es fehle an rücksichtsloser Entschlossenheit zur Vertilgung der Arbeitswilligen, Märker ohne Mittelwege, sei auch hier notwendig, ohne Märkerzeit keine Sammlung, und kein Ende der Wirrnis.

Das ist die Sprache der Verzweiflung. Nach den siegreichen „nationalen“ Wahlen von 1907 wird man ganz anders. Da hatte die nationale Sache endlich einmal triumphiert und nun sollte die Welt einmal sehen, wie die Staatsverhaltens das Volk beschließen würden. Das Volk hat es gesehen und schied sich an, für den verdrängten Betrag Rache zu nehmen. Zu diesem entschlossenen Willen peitschen es die Verhältnisse, die durch keine „Wahlparole“ bertsucht, geschweige denn geändert werden können. Das Beten um eine gute Parole bleibt also unfruchtbar.

## Regierung gegen Hanfandub.

Die Auftrags zur Beitragsleistung für seinen Wahlfonds, die der Hanfandub dieser Tage erteilt, haben das Mißfallen des Herrn v. Bethmann-Hollweg erregt. Sein Organ, die Nordb. Allgem. Zeitung, wendet sich gegen sie in einem sehr scharfen Artikel, der um so bemerkenswerter ist, als er dazu bestimmt sein dürfte, einen allgemeinen Vorstoß der Rechte gegen den Hanfandub einzuleiten.

Das Ranglerblatt wendet sich mit besonders großer Entschiedenheit gegen einen Satz des Auftrags an die Kaufleute und Industriellen, in dem es heißt, daß jahraus, jahrein „gewerbefähige, von Unerfand oder Eigennutz bittere

Mahregeln der Gesetzgebung und Verwaltung jeden einzelnen Industriellen und jeden einzelnen Kaufmann einzusetzen und befehlen“. Diesen Satz nimmt es zum Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen.

Eine solche Sprache war bisher den staatsfeindlichen Parteien vorbehalten, zu denen überaltnach der Hanfandub die bürgerlichen Kreise verkehrten muß. In einer andern Stelle behauptet der Autor, daß die gegenwärtige deutsche Wirtschaftspolitik die Interessen von Gewerbe und Handel und Industrie in jedem Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung mißachte. Gemeint waren bisher große und maßgebende Kreise der deutschen Industrie überlegte Anhänger unserer Wirtschaftspolitik, und wir können deshalb nicht annehmen, daß diese Kreise mit einem solchen die Wirtschaftspolitik des Reiches in Raufsch und Vogen verdammen Urteil einverstanden sein werden, obgleich es durch das Präsidium des Hanfandubs und die Interaktion seines Vorstehers gebotet wird. Der Hanfandub läuft Gefahr, mit beratigen Methoden auch das Verrechtigte in seinen Schreitungen zu entfernen. Wenn er den Gewerbestand sammeln und dessen Einfluß im Parlament fördern will, um damit ein Gegengewicht gegen den Bund der Landwirte und dessen Agitation, die auch nicht immer frei von Heberzeugungungen ist, zu schaffen, so werden ihm das selbst agrarische Kreise nicht verübeln, vorausgesetzt, daß es ihm Ernst damit bleibt, eine gerechte, b. h. allen Erwerbsständen einseitig der Landwirte gerecht werdende Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik zu erziehen. Es heißt aber diesem Ziele entgegenarbeiten, wenn die Elemente der Verzerrung und Wirtschraft, die in unserem politischen Leben übergenügt tätig sind, mit den Mitteln vermehrt werden, deren sich der Hanfandub jetzt bei seinen Verhältnismäßigkeiten bedient. Das zur tun, sollte nicht sein Ehrgeiz sein und dürfte auch nicht im Sinne freier Gränder liegen.

Bekanntlich ist der Zentralverband deutscher Industrieller körperschaftliches Mitglied des Hanfandubs, und sein Vorsteher, Landrat a. D. Wölger, ist im Hanfandub Stellvertreter des ersten Vorstehers, Geheimrat Nieber. Herr Nieber repräsentiert die zu Freiheit und Freiheit handelnde Großhandelswelt und Bankrotte, Herr Wölger das Schmarckereisch und schmarckereische Intermedialkapital der Schmarckereisch. Der Gegensatz zwischen den beiden Interessengruppen ist schon bei der Gründungsverammlung im Kreis Schumann zum Ausdruck gekommen, wo die schmarckereischen Ausführungen des Herrn Nieber förmlichen Widerspruch fanden. Angewiesen ist der Zentralverband, wie aus den berühmten Juliussturm-Verhandlungen bekannt ist, dazu übergegangen, einen eigenen Wahlfonds zu schaffen, der zur Unterstützung von Konservativen, Freikonserwativen und schmarckereischen Reichsnationalen bestimmt ist, während der Wahlfonds des Hanfandubs bormehlich den Kampf gegen den konservativen Bund der Landwirte dienen soll (angeblich).

Die Regierung ist nun offenbar der Ansicht, daß es Zeit sei, den Keil in den Hanfandub zu treiben und den herrschenden Zweifelspalz bis zur völligen Trennung der beiden streitenden Interessengruppen zu erweitern. Dieser Versuch entspricht völlig der sonstigen Politik des Herrn v. Bethmann-Hollweg, die darauf gerichtet ist, zu den Reichstagswahlen einen fortwährenden Neutralitätsblock der schmarckereischen Sammelblock gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Der Freiheit wird allen Schmarckereischen gegeben werden können, den Nationalen liberalen jedoch nicht. Die Regierung ist nun offenbar der Ansicht, daß es Zeit sei, den Keil in den Hanfandub zu treiben und den herrschenden Zweifelspalz bis zur völligen Trennung der beiden streitenden Interessengruppen zu erweitern. Dieser Versuch entspricht völlig der sonstigen Politik des Herrn v. Bethmann-Hollweg, die darauf gerichtet ist, zu den Reichstagswahlen einen fortwährenden Neutralitätsblock der schmarckereischen Sammelblock gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Der Freiheit wird allen Schmarckereischen gegeben werden können, den Nationalen liberalen jedoch nicht. Die Regierung ist nun offenbar der Ansicht, daß es Zeit sei, den Keil in den Hanfandub zu treiben und den herrschenden Zweifelspalz bis zur völligen Trennung der beiden streitenden Interessengruppen zu erweitern. Dieser Versuch entspricht völlig der sonstigen Politik des Herrn v. Bethmann-Hollweg, die darauf gerichtet ist, zu den Reichstagswahlen einen fortwährenden Neutralitätsblock der schmarckereischen Sammelblock gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Der Freiheit wird allen Schmarckereischen gegeben werden können, den Nationalen liberalen jedoch nicht.

Eine so scharfe Juridikalitäre ist dem Hanfandub bisher noch nicht zuteil geworden. Es wird jedenfalls nicht ohne große Wirkung bleiben. Entweder wird in der Zeitung bald ein Wechsel eintreten müssen, oder es bedarf einer Reise, die der Hanfandub nicht entbehren könnte, die aber mit der Auffassung der Nordb. Allgem. Zeitung übereinstimmen, werden ausstreiten. Eine glückliche Hand hat der Hanfandub bei seinen Veröffentlichungen nur so oft vermissen lassen.

Von dieser Zukunftsalternative der Post ist der erste Teil besonders interessant. Würde wirklich der als möglich hingestellte Wechsel in der Zeitung eintreten, so würden die flingenden Spenden, die jetzt unter bombastischem Aufgebot liberaler Redensarten gesammelt werden, zu guterletzt in ausgeproben reaktionären Sinne Verwendung finden, was objektiv auf einen Mißbrauch anvertrauten Geldes hinauslaufen würde. Der Hanfandub ist eine höchst unglückliche Firma geworden; wer sein Geld zur Bekämpfung der liberal-konservativen Reaktion verwenden wollte, darf es nicht zu Nieber u. Ko. tragen!





Wir gestatten uns hierdurch ergebenst anzuzeigen, dass wir unsere Abteilung  
**Dampfwäscherei und Plätterei**  
 mit heutigem Tage an die Firma

**Hallesche Dampf-Waschanstalt „Victoria“**  
 übergeben haben, um in unserem Fabrikabteilament die nötigen Räumlichkeiten  
 für die Vergrößerung und Erweiterung unserer

**Färberei und chem. Reinigung**  
 zu gewinnen.

In unseren sämtlichen Filialen werden Wäscheportien in der bisherigen Weise,  
 jedoch für Rechnung der Halleschen Dampf-Waschanstalt „Victoria“, weiter  
 entgegen genommen.

**„Union“**

**Färberei und chemische Reinigungs-Anstalt.**  
 Fabrik und Kontor **Barbarastr. 2a** Fernsprecher 2923.  
 \*Kontor: **Barbarastrasse 2a** Fernsprecher 2923.

Wie aus nebenstehender Anzeige ersichtlich, ist die  
**Dampfwäscherei- und Plätterei-Abteilung**  
 der Firma „Union“

unter dem heutigen Tage mit meiner Dampfwaschanstalt vereinigt worden. Die  
 Maschinen und das Personal der Firma „Union“ habe ich übernommen und meinen  
 umfangreichen Betrieb dadurch noch **wesentlich** vergrößert. Durch **hervor-  
 ragend schöne Lieferung** bei **wesentlichster** Behandlung der Wäsche  
 bin ich überzeugt, allen Anforderungen zu genügen, und bemerke ich, dass ich  
 als Spezialität:

**Herren-Stärkewäsche**  
 in ganz vorzüglicher Ausführung liefert.

**Hallesche Dampf-Waschanstalt „Victoria“**  
 Dessauerstrasse 5. Fernsprecher 1098.

Annahmestellen in sämtlichen Filialen der Färberei und chemischen Reinigungs-  
 Anstalt „Union“.

**„UNION“**

**Färberei u. chemische Reinigungs-Anstalt.**  
 Fabrik und Kontor **Barbarastr. 2a** Fernsprecher 2923.

**Färberei u. Reinigung** von Damen- und Herrenkleidern,  
 Möbelstoffen jeder Art, und Teppichen.  
 Waschanstalt **Tüll- u. Mull-Gardinen** nach  
 für **Plasener Art.**

**Färberei und Wäscherei für Federn und Handschuhe.**  
**Färben von Spitzen und Einsätzen nach Muster.**

Lieferzeit 2 Tage.

**Läden:** Merseburgerstrasse 5. Ludw. Wuchererstr. 55.  
 Geiststrasse 29. Südstrasse 53.  
 Schmeerstrasse 11. Mansfelderstrasse 4.  
 Grosse Steinstrasse 34.

**Neu! Zwingerstrasse 22. Neu!**  
 Auf Wunsch kostenfreie Abholung und Zustellung durch eigene Geschirre.

**Vogelkäfige**

Messing und Nickel.

Moderne Ausführung.



**C. F. Ritter,**

G. m. b. H.

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

En gros. **Spielwaren = Puppen!** En gros.

**Gebr. Buttermilch**

Halle a. S. Landwehrstrasse 9.

Billigste Bezugsquelle, grösste Auswahl, alle Neuheiten.  
**Unsere Musterausstellung ist eröffnet.**  
 Baldige Besichtigung erbeten.

Fernsprecher 508.

**Ammendorf u. Umg.**

Dienstag den 18. Oktober 1910 abends 8 1/2 Uhr  
 im Gasthaus „Zum Dreierhaus“ in Osendorf

**Oeffentl. Volksversammlung**

Tagesordnung:

1. Die Furcht vor der Sozialdemokratie und die Kampfmittel ihrer Gegner.  
 Referentin: Frau **W. Kähler**, Berlin.
2. Unsere Presse und die Organisation.  
 Referent: Redakteur Genosse **O. Niebuhr**, Halle.

Einem recht regen Besuch der männlichen sowie der weiblichen Bevölkerung  
 bei dieser, für jeden so wichtigen Tagesordnung nicht entgegen

Der Einberufer.

Achtung!

Mittwoch den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr  
 im großen Saale des „Volkspark“, Burgstraße 27  
 zum Jahrestage der Ermordung Franzisko Ferrers durch die spanische Regierung

**Gr. öffentliche Versammlung.**

Tagesordnung:

**Fort mit der Todesstrafe.**

Referent: Herr **Th. Fricke**, Altona.

Freie Diskussion. Freie Diskussion.

Die gesamte Öffentlichkeit von Halle, sowie die Herren Vredenden der theologischen, medizinischen, juristischen  
 und philosophischen Fakultäten der Halleschen Universität sind zu der Versammlung schriftlich eingeladen. Um  
 zahlreichen Besuch seitens der gesamten gedruckten Einwohnerschaft von Halle und Umgegend bitten

Der Einberufer: **W. Städt**, Kapellengasse 7, II.

**Prima lange u. runde Käse**

Habe noch an regelmäßige Ab-  
 nehmer abzugeben. Ablieferung  
 erfolgt mit eigenem Geheirr.  
**Dampf-Wollerei u. Küferei**  
**Görzig (Anhalt).**

**Elektr. Taschenlampen**  
 mit Garantie-Batterie.  
**C. F. Ritter,**  
 Leipzigerstrasse 90.

**Tafelbutter** ca. 10 Pfund.  
 Goll. S. 50 Pf.  
 Plinchenbutter 4 Pf.  
 1 Brobeckel Butter 1 Pfund 75 Pf.  
 1 Pfund Spitzer, Tlusto B. 55 Pf.  
 via Breslau.

**Gänse! Enten!**  
 nat. leb. Ant.  
 9 Monat. voll-  
 form. ansehn.  
 febrroll.  
 fleischig, groß, fett. 10 Gänse 24 Pf.  
 12 Enten 24 Pf.  
 Adoli Streu-  
 sand, Myslowitz O. Schles. l. 1 Pf.  
 Rindermaagen zu verkaufen.  
 Nudel Seifmannt. 16 p. l.

**Unsere ABC-Schützen**

holen für die Mutter beim Kaufmann  
 am liebsten die  
**Pflanzenbutter-**  
 Margarine, Marke  
**Cocosa**

Sie wissen nämlich, dass man pro Pfund  
 die regelmässig erscheinende Nummer  
 des Unterhaltungsblattes vom kleinen  
 Coco gratis erhält. Cocosa ist ein un-  
 vergleichliches Butter-Ersatzmittel für  
 Tafel und Küche.  
 Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocos-  
 nuss (Cocosin), Milch und Eigelb.  
**Überall erhältlich!**  
 Alleinige Fabrikanten:  
 Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.  
 Goch (Rhld.).



**!! Achtung !!**  
 Meine Sprechstunden sind  
**Friedenstr. 28, Tel. 2699,**  
 Vorm. 9-10. Nachm. 2-3.  
**Grosse Ulrichstrasse 51**  
 Kaffeehäse, Tel. 2557,  
 abends 6-7.  
 Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag  
 nur vormittags.

**August Albrecht**  
 Naturheilfundiger,  
 Naturheilbad.

**Emalle-Bradpfannen**  
 besonders billig.

**C. F. Ritter,**  
 Leipzigerstrasse 90.

**Makulatur**  
 zu haben in der  
 Genossenschafts-Buchdruckerei.

# 1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 244

Halle a. S., Dienstag den 18. Oktober 1910

21. Jahrg.

## Generallstreik der französischen Eisenbahner.

Es ist schwer, aus den vorliegenden, sich einander widersprechenden Meldungen ein klares Bild über den Stand des Streiks zu gewinnen. Die schon am Sonnabend vorbereiteten Nachrichten, daß der Streik im Abflauen begriffen und sein Ende nur noch eine Frage von Tagen sei, scheinen leider doch durch die Tatsachen bestätigt worden zu sein. War ein solcher Ausgang aus unsicher vorauszu sehen, so kommt er doch durch seine Möglichkeit überaus dem. Dem Rotationsbefehl der Regierung muß demnach in weit größerer Umfang Folge geleistet worden sein, als man anfänglich glauben konnte, und auch sonst muß die Streikteilnahme nicht in dem erwarteten Maße eingetreten sein. An Anwendung von Gewaltmitteln zur Unterdrückung der durchaus gelassenen Bewegung der Eisenbahner hat es ja die Regierung des Ersatzlandes ebenfalls nicht fehlen lassen. Die Verhaftung der Streikführer a. W. war ein zentraler Gewaltakt, für den jede gesetzliche Handhabe fehlt. Neuerdings will man ein „anarchistisches“ Komplott entdeckt haben, einen „Plan“, nach dem sämtliche Eisenbahnlinien Frankreichs in die Luft gesprengt, Telegraphen und Telefonleitungen umgestürzt werden sollten, und was dergleichen Schauergerüchten noch mehr sind. Diese Zaratennachrichten werden natürlich zu dem ganz bestimmten Zwecke in die Welt gelegt, um die Streikenden in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihre Sache zu schwächen. In diesem löblichen Tun sind die französische Regierung und die bürgerliche Presse selbstverständlich ein Herz und eine Seele.

Aus Paris wird uns jedoch noch geschrieben: Trotz aller unerhörten Gewaltmaßnahmen der Regierung, trotz der Schwindeln der bürgerlichen Presse, trotz der überhasteten Organisation, dankt der Generallstreik der Eisenbahner fort und nimmt täglich an Ausdehnung zu. Zurzeit sind alle Eisenbahngesellschaften von ihm ergriffen, und wenn der Streik auch nicht die gefohlene Ausdehnung genommen hat, so sind die feldenden Arbeitskräfte doch so sehr, daß die Züge nur unregelmäßig und nur in geringer Ausdehnung verkehren. Wären die Eisenbahner ihrer Taktik, sich nicht provozieren zu lassen, bis zuletzt treu geblieben, dann würde der Gewaltakt der Regierung, die Eisenbahner zu militarisieren, ein Schlag ins Wasser geblieben sein. Infolge der Beschüsse des letzten Kongresses des Verbandes der Eisenbahner, haben die Mitglieder jeder Eisenbahngesellschaft das autonome Streitrecht. Infolgedessen hat der Streikbeschluss auf der D. S. und der O. S. Mittelmeerbahn erst gelten zur Ausführung. Die Regierung hatte also Zeit gehabt, die Eisenbahner noch vorher zu einer „Waffenübung“ einzuberufen. Den Angehörigen wurden als Zeichen ihrer Militarisierung Kränzen gegeben, worauf ihr „militärischer“ Rang verzeichnet ist. Sie unterließen also der Militärgerichtsbarkeit. Die Furcht vor den etwaigen Folgen hat dadurch viele Eisenbahner abgehalten, in den Streik zu treten. Freilich ist damit noch nicht gesagt, daß die Gewalt der Regierung den Streik besiegen wird. Es wird davon abhängen, ob die Eisenbahner trotz der Schwindelpresse, trotz der Enterbung ihrer Führer, handhalten, oder schließlich sich ins Wackeln jagen lassen.

Die Regierung hat sich durch die Militarisierung der Eisenbahner in eine ganz unholbare Situation gedrückt. Sie kann unmöglich 500 000 oder 1 000 000 Eisenbahner ins Gefängnis stecken und sie kann auch nicht die Vermittlungen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den zu Soldaten gerechneten Eisenbahner, die der Einberufung keine Folge geleistet haben oder gegenwärtig im Gefängnis liegen, übernehmen. Halten aber die Eisenbahner noch einige Tage aus, dann muß die Regierung mit ihnen unterhandeln. Herr Briand erklärt, daß der Eisenbahnerstreik ein revolutionäres Mittel gegen das Vaterland ist. Derselbe Herr Briand, der heute die Führer der Eisenbahner als moralische Komploten ins Untersuchungsgefängnis stecken und mit Buchstaben, ja sogar mit der Todesstrafe bedrohen läßt, der scheinbar nur neu jähren in der Banzentz. Der Krieg würde nur möglich sein, weil ich die Schlappheit der Arbeiter zuließe. Aber an dem Tage, wo sie auf der Kriegsklärung mit der Erklärung des Generallstreiks antworten werden, wird es keinen Despoten, keine Regierung geben, fähig, das Verbrechen, Krieg zu führen, zu wagen.“ Aber besser als die Demonstration der Worte überzeugt die Demonstration der Taten. Die Militarisierung der Eisenbahner im angeblichen Interesse des Vaterlandes zur ungehinderten Ausbreitung durch die Postämter und Posten, daß heute Kapital und Vaterland noch Namen für dasselbe Ding sind.

Paris ist gegenwärtig in ein großes Meerlager verwandelt. Man hat aus der Provinz Soldaten kommen lassen, um die „sohnenläufigen“ Eisenbahner zu erlegen oder die Arbeitswilligen zu beschützen. Auf den Bahnhöfen, in den Elektricitätswerken, in den Schulen, überall stehen Soldaten. Und es gibt auch viel zu tun. Den Eisenbahner haben sich die Pariser Bauarbeiter, die Elektricitätsarbeiter und die Straßenbahner angeschlossen. Da muß natürlich Militär und Polizei her.

Alle Tage verbinden Regierung und Eisenbahngesellschaften, daß der Streik im Abflauen ist. Heute teilen sie jedoch in ihrem Wahlschritt mit, daß die in Paris verbleibenden Eisenbahner vom 1. Januar 1911 einen Militärdienst von 3 Jahren bekommen werden, daß noch weitere Verbesserungen beschlossen worden sind und daß die Eisenbahndirektionen bereit wären, mit den Delegierten der Eisenbahner zu verhandeln.

Also doch! So fertig ist der Streik doch noch nicht. In Wirklichkeit ist das nur ein Notausgang für die Regierung, die natürlich unmöglich mit den Delegierten von „Defektoren“ verhandeln kann. Vorläufig ist diese Nachricht flüchtig aufzunehmen.

Wir verzeichnen noch die folgenden Meldungen:

Die Haltung der sozialistischen Abgeordneten. Die sozialistischen Abgeordneten verammelten sich, nach einer Meldung der Woffischen Zeitung, am Donnerstag unter dem Vorhitz Westfers, etwa 60 an der Zahl, in der Kammer. Die Gruppe beschloß, die Forderungen der ausländischen Eisenbahner mit aller Kraft zu unterstützen, jeden Tag Sitzung zu halten,

einen Kammerauschuss einzusetzen, der täglich von 2-6 Uhr im Palais Bourbon tagt und von 9 Uhr abends bis Mitternacht in der Schriftleitung der Humanität anzutreffend sein wird. Die Gruppe will die sofortige Einberufung der Kammer verlangen und nahm einen Aufruf an das Land an, dessen wesentliche Stellen lauten:

Die Regierung wüßte gegen einen gesetzlichen Ausstand, den sie selbst unvermeidlich gemacht hat. Sie bedient sich der Verleumdung, indem sie dem Lande weiszusagen sucht, daß der Ausstand nicht berechtigt ist. Er hat im Gegenteil streng berufliche Interessen zum Gegenstand. Er will die rückwirkende Kraft des Ruhegehaltsgesetzes, den gewährleisteten Ruhehalt in der Woche und Ruhe, die den Arbeitern zu leben ermöglichen, erlangen. Nicht leichten Sagens haben die Eisenbahner diesen Beschluß gefaßt und sie bebauren, daß sie sich nicht anders verteidigen können, als indem sie der Bevölkerung Lage der Verfassung und Verleumdung auferlegen. Sie sind aber zum Kampf durch die Selbstsucht der Wähler, durch die Schwäche der öffentlichen Meinung, durch die Verschleppungsmethoden der den Kapitalinteressen ergebenen Regierung gedrängt worden. Die Verantwortlichkeit für die Ereignisse trifft nicht die rechtlichen und aufrichtigen Arbeiter, die hellmütig ihren täglich schwerer werdenden Dienst getan haben, sondern die blinden und stummen Regierenden. Von ihnen hat das Land Weisenschaft zu fordern. Das Gefühl ihrer Fehler und ihrer Verantwortlichkeit vertritt sie bis zum Teilium und bis zum Verbrechen. Sie verweigerten die ersten und geringfügigsten Forderungen, die die Arbeiterklasse erhoben hat. Was zu welchem Grade des Misserfolgs und der Verächtlichkeit die Regierung gelangt ist, das zeigt der jüngste Erlaß der Regierung. Mit einem empörenden Mißbrauch der Gewalt, einer ungeheuerlichen Ansetzung und gesetzwidrigen Erweiterung des Defrets über die militärische Organisation der Eisenbahner wendet das Ministerium die für die Landesverteidigung berechneten Bestimmungen auf die Unterdrückung des Ausstands an. Es wandelt die Arbeiter ungefährlich in Soldaten um, um sie als öffentliche Sklaven den an die Stelle des Vaterlands gesetzten Eisenbahngesellschaften auszuliefern und diese Wählerregeln fin verknüpfen und angeschlossen von Wählern, die früher den Arbeitern die Anwendung revolutionärer Mittel gelehrt haben und die wenn das System der moralischen Mißbrauch einen Sinn hätte, jetzt schon selbst von ihren Politikern feingekommen und von ihren Richtern beurteilt sein müßten.

Die Gruppe beschloß auch, die Einziehung der Eisenbahner unter die Fäden vor dem Staatsrat als Mißbrauch der Regierungsgewalt anzusehen.

Die Gewaltmittel der Regierung. Paris, 16. Oktober. Ministerpräsident Briand empfing gestern die Deputierten des Seinedepartements und erklärte, daß er das Streikkomitee nicht anerkenne und nur den hierzu berufenen Vertretern des Eisenbahnerpersonals eine Unterbrechung gewähren werde. Gerichtsweise verkaupte, die Regierung habe die Möglichkeit ins Auge gefaßt, die Mißbraucher und Anführer des Ausstands vor den Staatsgerichtshof zu stellen und sie des Komplotts gegen die Sicherheit des Staats anzuklagen.

Paris, 15. Oktober. Pariser Abgeordnete haben in einer Besprechung beschlossen, dem Kabinettschef volle Bewegungsfreiheit zu lassen, um den Konflikt mit den Eisenbahnern möglichst bald beizulegen. Dem Kabinettschef ging ein sozialistischer Vorschlag betreffend die Einberufung der Kammer zu, doch wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

Paris, 15. Oktober. Im Ministerrat erklärte Minister Millerand, die zum Militärdienst einberufenen Eisenbahner müßten dem Befehl bei Vermeidung von Gefängnisstrafe unverzüglich Folge leisten. Die Rekrutierungsbüreaus hätten heute die Befehlsbesche für die Eisenbahner fertig.

Paris, 16. Oktober. In Versailles sind gestern 6 Pariser wegen Verleumdung von Polizeigenossen verhaftet worden. Drei Pariser, welche vorgeladen verhaftet wurden, sind von den Gerichten einer zu vier, die zwei anderen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In Paris wurden ebenfalls zwei Ausländer wegen Verleumdung von Arbeitswilligen verhaftet.

Paris, 16. Oktober. Ein Spezialkommissar der Abteilung für Anarchisten ist heute nach einem 12 Uhr, begleitet von 20 Beamten in ein Haus in der Rue de Bretagne eingebrochen, um mehrere sozialistische Gruppen ihren Sitz hatten. Eine bestimmte Anzahl von Personen wurden in dem Hause vorgefunden; 15 derselben wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich Deutsche, Italiener und Franzosen. Sie werden wegen unbedenklichen Tragens von Waffen (?) vor das Gericht gestellt werden.

Aus ein „Erfolg“ der Briandischen Politik.

Dem Vorwärts wird aus Paris telegraphiert: Eine bemerkenswerte und erfreuliche Wirkung hat der Streik bereits erzielt: die Einigung der Gewerkschaftsbewegung mit der Parteibewegung ist angebahnt. Obgleich die Mehrheit der Eisenbahner sich zum revolutionären Sozialismus bekennen, wirkt das Streikkomitee mit den sozialistischen Deputierten zusammen. An der gestrigen von 8000 Personen besuchten Versammlung der Seinedepartement, der Riailant präsierte und in der Jaurès sprach, erklärte der Delegierte des Streikkomitees, Commun a. S., die Eisenbahner würden dessen eingedenk bleiben, daß die sozialistische Partei ihre Pflicht als politische Partei des Proletariats voll erfüllen. Vereingelte anarchistische Störenfriede wurden rasch zum Schweigen gebracht. Die Versammlung folgte die Parole, sich nicht provozieren zu lassen. Die Regierung hatte ein unangeheures Aufgebot an Polizei und Militär unter dem Befehl eines Generals bereitgestellt.

Seute ist der Streik der Bauarbeiter allgemein geworden.

Die sozialistischen Deputierten protestierten beim Kammerpräsidenten dagegen, daß den Delegierten der Streik-

ten den der Einlaß zur Kammer betweigert wird, obgleich das Reglement allen Bürgern den Zutritt ins Parlament verbürgt. Die sozialistische Fraktion wird deswegen die Regierung interpellieren.

## Ein Jahr Schnapsboykott.

Es ist ein Jahr her, daß der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig auf den Dresdener Antrag hin beschloß, dem Schnaps den Krieg zu erklären. Die von der agrarisch-reaktionären Mehrheit des Reichstages beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezieht, einen großen Teil der durch die wohlfürnige Nützlichkeitspolitik verursachten Ausgaben des Reiches den Schultern der Vermitteln aufzulegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerehin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweinrentner ein jährlicher Ertragsposten von 50 Millionen Mark zugewiesen werden. Um dieser verwerflichen Wollausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweinenguss verursachten und gefördernten forderlichen und moralischen Elend weiser Volksschichten entgegenzutreten, riefte der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweinenguss zu vermeiden. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse wurden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“ So lautete der Antrag, der auf dem Parteitag unter brausen dem Beifall und jubelndem Sangesfesten im Saal und auf der Galerie einstimmig angenommen wurde.

Es ist nun Zeit, einmal Nachprüfung zu halten, wie der Beschluß gemeistert hat, inwiefern er wirksam geworden ist. Die Ziffern der Produktion, des Verbrauchs und der Lagerbestände zeigen, daß der Parteitag nicht umsonst gerufen hat. Nach den jüngsten Ziffern, die überhaupt vorliegen — Monat August — ergibt sich das folgende Bild:

	in Hektolitern	1910	+ oder - als 1909
Erzeugung . . . . .	48 740	40 422	- 17,8 Proz.
Einverbraucht . . . . .	215 005	146 277	- 31,9 „
Gewerblicher Verbrauch 85 353	134 029	+ 66,9 „	

So sieht das Bild im August aus. Es ist ein Monat geringer Produktion, der Verbrauch geht aus den Lagerbeständen ab. Der Branntweinmonatverbrauch zeigt für den Monat, in dem die Boverfassung über nur noch ein geringes Maße zur Geltung kam, einen Rückgang gegenüber derselben Zeit des Vorjahres, die rund 33 Prozent ausmacht!

Für die ganze Zeit von 1. Oktober bis zum letzten August, also in elf Monaten 1909-10 ergibt sich das folgende Bild:

	in Hektolitern	1910	+ od. - als 1909/09
Erzeugung . . . . .	4 168 112	3 545 408	- 14,9 Proz.
Einverbraucht . . . . .	2 200 618	1 636 474	- 26,8 „
Gewerblicher Verbrauch 1 425 847	1 726 100	+ 21,7 „	

Der Branntweinmonatverbrauch ist demnach in elf Monaten um 664 146 Hektoliter oder 28,8 Prozent zurückgegangen! Aber nicht nur der Branntwein zeigt jetzt geringere Ziffern, der Schnapsboykott hat auch die Alkoholproduktion selbst um 625 064 Hektoliter zurückgehen lassen. Das, was den Schnapsunternehmern noch die letzte Rettung war, ist der stark gestiegene Verbrauch an Alkohol für gewerbliche Zwecke. Hier müssen die Arbeiter noch gründlich aufpassen, denn jetzt weisen schon Befanntmachungen der Behörden darauf hin, daß die starke Erzeugung an vergälltem Alkohol mit darauf zurückzuführen ist, daß ihn gewissenlose Produktionsfabriken zu besonders scharfen und bitteren Schäften verwenden. Aber trotz dieser Einschränkung bleibt bestehen, daß der Ruf des Schnapsboykottes nicht ungehört verhallt ist. Die Einnahmen aus den Schnapssteuern, die insgesamt vom 1. April bis Ende Juli 1909 49,1 Millionen Mark betragen, sind für dieselbe Zeit 1910 auf 42,3 Millionen Mark gesunken.

Arbeiter, denkt an den Schnapsboykott, damit seine Realisierung entscheidend für die deutschen Schnapsunter und ihre amtliche Steuerfabrikantin, die deutsche Regierung, werden!

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 17. Oktober 1910.

### Generalversammlung des Sozialdemokr. Vereins.

Um die der Generalversammlung vorbestehenden Arbeiten des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis zu erledigen, was am 4. September infolge der politischen Lage nicht möglich war, hatte der Vorstand zu gestern früh eine Generalversammlung unter freiem Himmel einberufen, die bei starker Beteiligung den denkbar besten Verlauf nahm. Unter freiem Himmel lagte diese Versammlung mit der Einschränkung allerdings, daß sich über ihr das Völkchen des herbstlich gefärbten Waldes wölkte. Die tiefe alte Erde bot gestern ein Verfallungslokal, wie es geräumiger, luftiger und schöner nicht gedacht werden kann. Hoch hing der Morgenstau an Wäldern und an Erstrüßern, als von allen Seiten die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, der im politisch-technischen Sinne bekanntlich kein Verein ist, herbezogen, um wieder einmal für ein Geschäftsjahr dieses Vereins die nötige Grundlage zu schaffen. Und es lagte sich gar fein inmitten der farbenfrohen Herbstpracht, wie in die Frühlingssonne nachig ringelnde Wälder war. Doch auf eines Signals knappe thronte das Versammlungsbüreau und ringsherum in mancherlei Weise die Gewässer, die auf die bestimmte geräuschlose Weise eingeladen worden waren. Etwas abseits an den Zugängen zum Versammlungsplatz stand die Schuttwehr gegen die Defektlichkeit, die jeden Ansturm nach Nam' und Art befragte.

Was Wunder, daß die ernste Arbeit der Tagung im Grünen von latroffem Mute und frischem Schwunge besetzt war. Wenn Morgenhunde Gold im Munde hat, dann hier geht. Die Parteigenossen hatten zu einer Zeit die Federn verlassen, zu welcher sich noch manches ordnungshütende Geben darinnen rällete und dehnte, nichtabnehmend, daß danken der „Ankunft“ an feinen unbedenklichen Werke schaffte. In ungeschätzlichen Sinne des Wortes waren diesmal die Geisler früher aufgefunden als ihre guten Bekannten mit dem durchdringenden Bild. Und merkwürdig: obwohl wir Frauen nun schon so sehr an die Anwesenheit irgend einer Autorität bei all unseren Verrichtungen





Augensicht" folgenden Tänze (sind) uns mehr phantastisch als fichtig zu sein...

Aus die aufgekochte Braut vermochte auch am Sonntag nicht mehr als einen rein äußeren Eindruck zu erzielen. Zum Teil liegt das, wie schon gesagt, daran, daß wir uns nicht mehr für die Wäut' Neuerbecks begeistern können...

An Abend Nr. 17, der die musikalische Leistung mit großer Gemächlichkeit und Sicherheit heftig durchführte, lag die Schuld gewiß nicht; höchstens könnte man ihm einige vorzuziehendere Zeichnungen zum Vorwurf machen, durch die das Verständnis der Handlung im vierten Akt nicht eben erleichtert wurde...

Soziales.

Sterblichkeit in freilebenden und in zusammengehäuerten Häusern.

Das englische Gemeindevorstandungsamt hat in einer von 1898-1907 für 13 Industriestädte in Yorkshire aufgestellten Statistik die Wirkung der Gemeindefürsorge auf die Sterblichkeit zu ermitteln geliebt. Man wählte möglichst gleichartige Wohnungsverhältnisse...

Allerlei.

Größter in Ungarn. Budapest, 16. Oktober. In der Gemeinde Dobozsa wurde durch spielende Kinder ein Großkreuz verursacht, dem 18 große Wauerzwerkzeuge zum Opfer fielen...

Die Welschkeit eines Königsbildes. Der Pariser F. Appel meldet: Als König Manuel in Paris weilte, erwiderte den republikanischen Wierern...

Wohltaten in den weissen Ministerien an den Wänden prangen sehen. Der Tag die Revolution an den ersten Tagen gewirkte man noch. Das Bild wurde einfach hinter das Fenster gelassen...

Wohltätigkeitsleistungen gibt es?

Diese durch die Revolution und die Proklamierung der Republik in Portugal aufgekommene Frage beantwortet der Galois mit einer feineren Statistik. Europa zählt nur im ganzen fünf Republiken, außer der jüngsten, Portugal, noch Frankreich, die Schweiz, Argentinien und San Marino...

Ein verkanntes Nahrungsmittel.

Die Zeit ist da, wo die Nahrung für die meisten Menschen freilich nicht als gewandt, ihre Gründe nur in der Wirtschaftlichkeit als Nahrung zu genießen und fordern erkannt auf, wenn sie von dem großen Nährwert der Nüsse hören und vor dem Mat, sie häufig zu verwenden. Aber Untersuchungen wie die des holländischen Botanikers Wiggers ergeben die physiologischen und therapeutischen Eigenschaften...

Deutschlands Zeitungen.

In den Dokumenten des Reichsarchivs (Seite 9) finden wir eine interessante Zusammenstellung über die Zahl der in den einzelnen Bundesstaaten erscheinenden Zeitungen. Die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitungen beträgt 8029. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen sich die Ziffern wie folgt: Preußen 2806, Bayern 488, Sachsen 254, Württemberg 88, Thüringen 149, Baden 169, Hessen 154, beide Mecklenburg 82, Elsaß-Lothringen 88, Braunschweig 48, Hannover 88, Oldenburg 28, beide Lippe 38, Mecklenburg 16, Bremen 8, Lübeck 8. Ein Vergleich mit der Einwohnerzahl der Bundesstaaten...

Eine neue Forschungsreise im nördlichen Mexiko. Dr. Karl Lumbold, der unermüdbare Erforscher unbekannter Länder und Völker in Süd- und Mittelamerika, hat an die Geologische Gesellschaft in Paris eine Mitteilung über seine letzte Reise in den Bergländern zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten gelangen lassen. Er hat dort vorzugsweise die Papago-Indianer untersucht, die den südlichen Teil von Arizona und den nordwestlichen der mexikanischen Provinz Sonora bewohnen.

hüßigen Zeile von Sonora nicht so hart hervorretten wie in dem Augenfall die meisten Menschen denken. Dieser muß durch Groben dieser Bräunen geklärt werden. Aus in den Bergen sammelt es sich ansehnlich in natürlichen Beständen. Dr. Humboldt mühte sich vergeblich seiner ganzen Meise für sich und seine Begleitung Schiefer in Zonen mitnehmen. Dieser ist nicht gewohnt. Die Zahl der Papagos ist sehr durch die Einfuhr von altindischen Getreide vermindert worden und beläuft sich jetzt nur noch auf etwa 3000, die angeführt in ihrem Lande sind und die man nicht fassen, das wegen seiner Wildheit die Bevölkerung des weissen Mannes noch nicht erreicht hat.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. G. III. Wenn Sie nicht formell aus der Kirche ausgeschlossen sind, müßten Sie zahlen. Die Kirche ist leiber berechtigt, sich Dinge bezahlen zu lassen, die sie nicht geleistet hat. Dagegen hilft nichts als Austritt.

Literarisches.

In freien Stunden. Wochenchrift für Arbeiter. In diesen Tagen ist die Besetzung der Arbeiterzeitung durch die Arbeiterzeitung ein sehr interessantes Phänomen. Die jetzt wieder begonnene Lektüre ist sehr interessant. In diesen Tagen ist die Besetzung der Arbeiterzeitung ein sehr interessantes Phänomen. Die jetzt wieder begonnene Lektüre ist sehr interessant.

Quittung.

Landtor Palen 245; Landtor Dornich 020; 5 Dittich (Stab) 235; 7 Dittich (Stab) 257 M. Reinwand.

Merkworte für unsere Berichterstatter.

- 1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schiebe es sofort ein.
2. Sei kurz, du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip ist: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag und das Datum.
5. Benutze niemals einen Namen oder eine Zahl; schreibe das vollständige Wort durch und schreibe das richtige dabei oder daneben.
6. Die Dampfwade: Schreibe nie, nie, nie nicht die Seiten des Blattes. Verschiede Seiten, auf einer Seite beschreiben, lassen sich rasch abschreiben und an die Leser verteilen. Es kommt oft vor, daß die Redaktionen von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abschreiben oder wegen Verlesung des Redakteurs gestrichelt werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adressen an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.

Halle a. S., Hof 2, Treppen.
Eröffnungs- und Besprechungsstunden von 11 1/2-12 Uhr und abends von 6-8 Uhr. Sonntags nachmittags und Sonntags geschlossen. - Telefon Nr. 1541.

Advertisement for 'Versuchen Sie nicht' (Don't try) featuring 'Selbstgefertigte' (Self-made) products like 'Schul-Anfang' (School start) and 'Kluge Frauen' (Smart women). Includes contact information for M. Morgner and R. Osmann.

Empfehle ganz besonders frisch eingetoffene Mosterei-Butter 1/2 Pfd. 62 Pf. 5% Rabatt. Albert Knäusel.

### Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.  
Neuer unübertroffener Spielplan.  
**Tot kann man sich lachen**  
jetzt im  
**Walhalla-Theater.**  
So ist überall das Tagesgespräch!  
Schlager auf Schlager!

Mittwoch nachm. 4 Uhr: **Chungus-Vorstellung**,  
ausserdem 6 Colberges usw. und prächtige Kinobilder.

### Gewerkschaftskartell Delitzsch u. Umgegend.

Mittwoch den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr im „Lindenhof“:  
**Öffentliche  
Gewerkschaftsversammlung**  
mit folgender Tagesordnung:  
Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie  
im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften.  
Referent: Genosse Unentfisch, Magdeburg.  
Es ist Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Genossen und  
Genossinnen, in dieser Versammlung sich zu zeigen.

### Bockwitz u. Umgegend.

Donntag d. 23. Oktober nachm. 1/2 2 Uhr im Hotel Herrmann  
**öffentl. Volksversammlung.**  
Tagesordnung: Die Verhältnisse von Wänden, Koppen-  
hagen, Gamburg und Wagsburg über die Genossenschaftsfrage.  
Referent: A. v. Elm, Gamburg.  
Einem recht zahlreichen Besuch der männlichen sowie weiblichen  
Bevölkerung bei dieser so wichtigen Tagesordnung nicht entgegen.  
Der Einberufer.

### Arbeiter-Gesangverein Ammendorf und Umgegend.

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes.  
**Unsere Singestunde**  
findet regelmäßig jeden Donnerstag, abends 9 Uhr,  
im **Bahnhofs-Restaurant** statt.  
Der Vorstand. H. M. Rauf Schmidt.

### „Bürgergarten“ in Bitterfeld.

Mittwoch den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:  
**Achtung! Die Waffen nieder! Achtung!**  
Schauspiel nach dem Roman von B. v. Suttner.  
**Friedens-Nobelpreis.** Erstklass. Ensemble.  
Vorverkauf im Konium: 2. Platz 40 Pf., Galerie 30 Pf.

### Die deutsche Gewerkschafts- Bewegung

von  
Karl Legien.  
Zweite, umgearbeitete Auflage. Preis 25 Pf.  
Zu beziehen durch alle Buchhändler und die  
**Volksbuchhandlung, Halle a. S.,** Barz 42/43.

### Schreiben Sie dieser Frau Wenn Sie einem Manne das Trinken abgewöhnen wollen.

Sie tat dies erfolgreich bei ihrem Manne, Bruder und viele ihrer  
Nachbarn und nun will sie Ihnen in freimütiger Weise von dieser  
einfachen Methode erzählen, die sie mit so gutem Erfolge anwandte.  
Diese Methode kann an dem  
Trinker unbemerkt angewandt  
werden und Ihre Privat-  
angelegenheiten bleiben vor  
der Öffentlichkeit bewahrt.  
Frau Anderson ist bemüht  
andern zu helfen und deshalb  
raten wir ernstlich jedem  
unserer werthen Leser bei einem  
Ableben bei, der trinkt, ihr noch  
heute zu schreiben. Wenn  
Sie ihr schreiben, wird Sie  
Ihnen erzählen, wie Sie  
ihren Mann von der Trunk-  
sucht befreite.  
Sie verlangt nichts für diese  
Hilfe und es ist darum kein  
Grund vorhanden, warum  
Sie nicht sofort an sie schreiben  
sollten. Natürlich erportet  
sie, daß Sie ein persönliches  
Interesse daran haben, jemand  
von der Trunksucht befreit zu  
sehen und nicht etwa aus bloßer  
Neugierde anfragen.  
Schicken Sie Ihren Brief  
vertrauensvoll an ihre Adresse,  
Frau Margaret Anderson, 21,  
Linden Str., Hillburn, N. Y., Amerika  
aber um es noch leichter für Sie zu machen, schreiben Sie deutlich  
ihren Namen und volle Adresse auf den unten beigefügten Coupen  
und senden Sie ihr diesen.  
N. B. Das Briefporto nach Amerika ist 10 Pfennige.



Frau Margaret Anderson,  
die ihren Mann von der Trunksucht  
befreite.

Mrs. Margaret Anderson,  
21 Linden Straße, Hillburn, New York, Amerika.  
Bitte schreiben Sie mir, wie Sie Ihrem Manne das Trinken  
abgewöhnen, da ich mich persönlich für jemand, der trinkt,  
interessiere.  
(Bitte schreiben Sie sehr deutlich)

Name \_\_\_\_\_  
Wohnort \_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_  
Postamt \_\_\_\_\_  
Provinz \_\_\_\_\_

### Handels-Hilfsarbeiter!

Dienstag den 18. Oktober, abends 9 Uhr,  
im „Englischen Hof“:  
**Öffentl. Versammlung**  
wichtige Tages-Ordnung für jeden  
Hausdiener, Markthelfer, Packer, Lager-  
arbeiter, Geschäftskutscher u. dergl.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Einberufer.

### Sozialdemokratischer Verein, Distrikt Leimbach.

Mittwoch den 19. Oktober 1910, abends 7 Uhr, bei Weis:  
**Mitgliederversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl einer Zeitungs-  
kommission. 3. Wahl eines Beiratsleiters.  
Zahlreichem Erscheinen nicht entgegen  
Die Ortsverwaltung.  
Morgens u. jeden Dienstag  
Schlachtfest.  
Gr. Goltzstr. 39.

### Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Rath H. Richards.  
— Sonntag 1181. —  
Dienstag 18. Oktober 1910:  
38. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.  
Novill! Sum 7. Mat. Novill!

### Die geschiedene Frau.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.  
Stofföffnung 7 Uhr.  
Präf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.

### Die Afrikanerin

Größe Oper in 5 Akten  
von G. Reinhardt.

### Bettfedern

u. Daunen a Wd. von 75 S.  
1.00 M., 1.50 M., 2.00 M. usw.  
empfehlen bei streng reeller  
Bewertung  
Albert Hammer,  
Geisstr. 22, Tel. 2673, M. Sp. R.

### Öffentlicher Vortrag:

Zweck u. Ziel der studentischen Unterrichtskurse.  
Mittwoch den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr  
in den Thaliasalon.  
Eintritt frei. Jedermann ist eingeladen.

### Hallo!

Beachten Sie bitte die in dieser Woche in dieser Zeitung  
von mir erscheinenden Annoncen. Dieselben  
bringen jedem großen Nutzen.  
Eine Probe führt zur dauernden Kundtschaft bei  
**A. Weiffenbach, Alter Markt 1.**  
Das kleine billige Kaufhaus für  
Wäsche, Tricotagen, Schürzen, Herrnkartell, Herrenwaren und häus-  
liche Artikel der Damenkleiderei.  
5% Rabatt als Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

### Haut-Bleichercreme

„Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wir-  
ksamstes unschädliches Mittel gegen ungleiche Hautfarbe, Sommer-  
proben, Pickelchen, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausführl. Anwei-  
sungen. Preis 1.00 M., 1.50 M., 2.00 M. usw.  
1 Btl., bei einem von 150 Btl., franco. Man verlange sich „Chloro“  
Laboratorium „Deo“, Dresden-H. 1  
Depots: Löwen, Strick, Schenck, Sollenberg und Engel-  
Apothek. Drogerien: W. Hofer, Geisstr. 59/60; O. Ballin Jr.,  
Leipzigstr. 63; Baumarkt-Drogerie, Weinbergstr. 32;  
Maxter-Drogerie, Ludwig-Wucherstr. 76; Kaffee-Drogerie,  
L. Wucherstr. 31; Medigal-Drogerie, Gr. Ulrichstr. 30.

### Strümpfe und Socken

solide bewährte Qualität,  
läuft man gut  
im Spezialgeschäft von  
Gebr. A. u. H. Loesch,  
Gr. Ulrichstr. 38  
Steinweg 30.

### Anfichts-Karten

empfehlen  
Volksbuchhandlung.

### Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.  
**Jubiläums-Saison.**  
Des beliebtesten Erfolges  
wegen  
Verlängertes Gastspiel von

### Sylvester Schäffer jr.

Dazu  
das völlig neue Programm:  
**La Bérat**,  
mythische Götter- und  
Heldenwelt.  
**4 Spiels**,  
umfang. Summ. Summ. Akt.  
**2 Siddons**,  
quantitatives Repertoire.

### Öffentlicher Vortrag:

Zweck u. Ziel der studentischen Unterrichtskurse.  
Mittwoch den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr  
in den Thaliasalon.  
Eintritt frei. Jedermann ist eingeladen.

### Hallo!

Beachten Sie bitte die in dieser Woche in dieser Zeitung  
von mir erscheinenden Annoncen. Dieselben  
bringen jedem großen Nutzen.  
Eine Probe führt zur dauernden Kundtschaft bei  
**A. Weiffenbach, Alter Markt 1.**  
Das kleine billige Kaufhaus für  
Wäsche, Tricotagen, Schürzen, Herrenwaren und häus-  
liche Artikel der Damenkleiderei.  
5% Rabatt als Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

### Haut-Bleichercreme

„Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wir-  
ksamstes unschädliches Mittel gegen ungleiche Hautfarbe, Sommer-  
proben, Pickelchen, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausführl. Anwei-  
sungen. Preis 1.00 M., 1.50 M., 2.00 M. usw.  
1 Btl., bei einem von 150 Btl., franco. Man verlange sich „Chloro“  
Laboratorium „Deo“, Dresden-H. 1  
Depots: Löwen, Strick, Schenck, Sollenberg und Engel-  
Apothek. Drogerien: W. Hofer, Geisstr. 59/60; O. Ballin Jr.,  
Leipzigstr. 63; Baumarkt-Drogerie, Weinbergstr. 32;  
Maxter-Drogerie, Ludwig-Wucherstr. 76; Kaffee-Drogerie,  
L. Wucherstr. 31; Medigal-Drogerie, Gr. Ulrichstr. 30.

### Gerahmte Bilder, C. F. Ritter,

Leipzigstr. 30.  
2 prachtvolle **Plinthen**,  
wenig gebraucht, st. Spiegel,  
Bettstühle mit Matr., rote Be-  
setzte Federbetten, Waschtisch,  
Küchenschrank, Kaminofen,  
Schreibtisch, Kleiderkasten, Kom-  
mode, Spielzeug in verschiedenen  
Größen.  
Geisstr. 21, 2 Treppen.

### Frühe streifen, Weierbutter

Rein 8 Btl., 9.00 Mark Mad. W. Stewers, Friedrichstr. 4, Uhr.

## Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. Erscheint wöchentlich dreimal.

<b>Abzahlungsgeschäfte</b> M. Thiele, Götzenstr. 1, p. <b>Bettfedern, Betten</b> Herm. Baumüller, Burgstr. 5. Burkhardt, Gr. Märkerstr. 17. <b>Brauereien</b> <b>F. Günther, Halle a. S.</b> <b>Briketts, Kohlen</b> Richard Wolf, verl. Königsstr. <b>Delikatessen und Fische</b> Alfr. Berhardt, Gr. Ulrichstr. 46. <b>Drogen und Farben</b> M. Bädler, Rannischestr. 2. <b>Zin- u. Verkaufsgeschäfte</b> F. Henneke, Kl. Ulrichstr. 15.	<b>Eisen- und Stahlwaren</b> F. Lindenhahn, Königsstr. 8. <b>Eiserne Gefäße</b> Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenhahn, Königsstr. 8. <b>Fahrräder u. Nähmaschinen</b> Henry Klepzig, Reilstr. 2. <b>Fleischermeister, Wurstfabriken</b> J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kunze, Burgstr. 59. August Mangold, Mersburger- str. 105. Robert Schäfer, Königsstr. Otto Ulbricht, Bäckerstr. 1. <b>Gummiwaren</b> C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.	<b>Herstellwagen-Fabriken</b> Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Seltmann, Herbergstr. 16. <b>Haus- und Küchengeräte</b> K. Kuckenburg, Rannischestr. 12. <b>Honigkuchen, Zuckerwaren</b> <b>Friedrich Bock</b> , Schmeer- str. 16. <b>Hüte und Mützen</b> Friedrich Flotner, Geisstr. 23. <b>Kaffee, Kakao, Tee</b> C. O. Bittsch, Leipzigerstr. 51. <b>Ernst Gschäse</b> , Leipzigerstr. 95. <b>Kartongarn</b> W. Schmell, Jakobstr. 60.	<b>Kaufhäuser</b> H. Elkan, Bekleid.-Gegenst. J. Art. <b>Kinderwagen</b> Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. <b>Kolonialwaren</b> H. Ackermann, Mersburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32p. Oskar Häder, Hallmarkt. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. <b>Lederhandlungen</b> Herm. Schmidt, Geisstr. 23. <b>Möbel-Magazine</b> Möbel- u. Holzhandl. Tischlerstr. 30 <b>Photographische Ateliers</b> Richard Schröder, nur Steinweg 17.	<b>Schneiderlei-Bedarfsartikel</b> <b>F. C. Wissell, Marktplatz 11.</b> <b>L. Zengerling, Schulstr. 7.</b> <b>Spedition, Möbeltransport</b> O. Kästner & Co., Brunoswarte 36. Wilh. Müller, Brunnenstr. 33. <b>Uhren- u. Goldwaren</b> <b>Friedrich Hofmann</b> , Grasse Klausstr. 23. <b>Robert Koch</b> , Leipziger- str. 44. Albert Menckes, Gr. Steinstr. 62. A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weiss, Kleinschmieden 6. <b>Weine u. Fruchtsäfte etc.</b> M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59. W. Wiansch, Schürzenweg.	<b>Weiss-Woll-Tapisserie</b> Franz Bammes, Lindenstr. 56. Marie Stellfeld, Triftstr. 4. <b>Zahn-Techniker</b> Willy Muder, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipz. Turm. <b>Zigarrenhandlungen</b> Franz Gorbig, Glauchastr. 70. F. Soldmann, Königstr. 86. Schubert, William, Zigarren und Schulartikel, Leuchtstr. 15. Julius Wiedemann, Schmeerstr. 4. Otto Neube, Lerchenfeldstr. 12.
--	--	---	--	--	---

Für die Anzeiger verantwortlich: Rob. Ziqner — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. C. o. b. j. H. Ziqner — Druck i. Halle a. S.

## Eine gelbe Reichskonferenz.

In der gelben Arbeiterbewegung gibt es eine große Anzahl von „Richtungen“. Man unterscheidet „nationale“, „vaterländische“, „reichstreue“ Arbeitervereine, Werkvereine und noch eine Anzahl anderer. Alle diese Gesellschaften hatten sich am Sonntag, den 18. Oktober, in Magdeburg zu einer sog. **Reichskonferenz** zusammengefunden, die einberufen war von zwölf gelben Vereinen Magdeburgs, darunter sogar zwei evangelischen Arbeitervereinen. Der Konferenz ging am Sonntagabend ein Besprechungsummers voraus, auf der u. a. Antragsen hielten: der Magdeburger Polizeipräsident b. A. H. H., der Oberpräsident der Provinz Sachsen a. H. H., Amtsgerichtsrat L. H., Rechtsanwält R. H. H. und schließlich auch noch ein Pastor. Auf der Konferenz selber berichteten auch noch der Regierungspräsident a. H. H. und schließlich die Gelben seines Wohlwollens, was die anderen Herren natürlich auch alle getan hatten. Der Oberpräsident verstand sogar, alles, was in seinen Kräfte liegt, zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung tun zu wollen. Es verheißt sich noch selbst, daß auch Wilhelm II., der Arbeiterfeind, wie man ihn nannte, antelegraphiert wurde.

Es waren etwa 200 Delegierte anwesend. Das Hauptreferat hielt der Schloffer Mag. W. H. H. vom Arbeiterverein **Christi Arbeiter** aus Magdeburg. Er sprach über „die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele“. In der herrlichen Entfaltung unseres Deutschen Reiches seien die freien Gewerkschaften ein Hindernis. Durch sie würde das Wohlstandsgesetz der Arbeiter eingedrückt und die Industrie gehemmt. Was sei dagegen zu tun? Die nationalen Arbeitervereine, die jetzt alle honoriert nicht müßten, in denen die vaterländischen Ansichten herrschten, wenn auch alle auf dem Boden vaterländischer Gesinnung ständen, müßten sich zu gemeinsamen Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie verpflichten, wenn auch nur in so fern Zusammenhang ohne besondere gemeinsame Bestimmungen. Zu diesem Zweck schlug er vor: Alle nationalen Werke und Arbeitervereine sollten sich in den größeren Städten und Bezirken zu Ausschüssen zusammenschließen, die der Leitung eines **Reichsausschusses** unterstehen. Die **Reichsausschüsse** dieser Ausschüsse sind: 1. Arbeitervereine aufbauen; 2. Stellung zu nehmen zu a) allen Arbeiterangelegenheiten, b) Streiks und Ausbesserungen, c) allen Arbeitervereinen; 3. die nationalen Arbeiter gegen gewerkschaftlichen Terror zu schützen; 4. die Interessen der Arbeiter zu vertreten a) in den Gemeinden, b) in den einzelnen Landtagen, c) im Reichstage; 5. zu diesem Zweck bei allen Wahlen die bürgerlichen Parteien zu unterstützen, wenn sie sich mit den von den Ausschüssen aufgestellten Zielen einverstanden erklären, andernfalls aber 6. besondere Kandidaten ausstellen und 7. Mittelungen über den Stand der Bewegung beschaffen.

In der Diskussion wurde zunächst bekannt, daß sich tags zuvor ein Bund deutscher Werkvereine gebildet hatte. Zwischen diesem und den Vertretern des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, dessen Hauptvorsitzender der bekannte Ermerz war, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Während erstere die wirtschaftlichen Forderungen in den Vordergrund stellen wollten, betonten letztere vornehmlich die politischen, nach deren Erbringung die wirtschaftlichen Forderungen von selbst erfüllt würden. Schließlich wurde eine Kommission zur Vorbereitung der Einigungsfrage gewählt. Nach kurzer Beratung gelang es dem Kommissionsmitglied mit dem Resultat zurück, daß die Einigung über die Sache gescheitert waren. Als einziger Grund wurde angegeben, daß man sich über die Leitung nicht hätte einigen können. Während Ermerz sie für seinen Bund, als der ältesten Organisation, beanspruchte, verlangten die Werkvereine sie für sich, weil sie die größte Mitgliederzahl hätten. Beide Teile beharrten hartnäckig auf ihrem Standpunkt und lebten jedes Entgegenkommen rundweg ab, bis schließlich die Werkvereine, die in der Mehrheit waren, einfach die Einbringung eines **Reichsausschusses** mit dem Sitz in Magdeburg beschloßen, der bei nächsten Konferenz, die am 11. Dezember wiederum in Magdeburg stattfinden soll, Vorschläge über die Leitung der gesamten gelben Gesellschaften machen soll.

Der Vorsitzende hat dann die Pressevertreter — dem Einbringen sozialdemokratischer Pressevertreter hatte man mit allen Mitteln vorbeugen versucht — über die „Mißverständnisse“ nichts zu berichten.

Ueber das **Reichsrecht** und den „Schutz der Arbeitswilligen“ referierte der Vorsitzende des gelben **Reichsausschusses**, H. H. H. Sein Referat war eine Aufzählung der ungläublichsten Behauptungen über „sozialdemokratischen Terrorismus“, gegen den endlich gesetzlicher Schutz eingeführt werden müsse. Nicht bitten, sondern erzwingen müsse man die Regierung um diesen Schutz. Die Konferenz zeigte sich noch müde. Sie protestierte in einer Resolution „gegen den Mißbrauch des Reichsrechts und gegen das Wohlwollentum“ und „verlangte geeignete gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen, insbesondere auch ein Verbot des **Streikpöbels**“, das in erster Linie Anlaß zum **Reichsausschuss** gebe. Keine Arbeiter“, die die Einführung eines **Reichsausschusses** verlangen. Und so etwas haben von Beschränkung der **Reichsrechtsfreiheit** durch die freien Gewerkschaften. In der Diskussion wurde übrigens auch noch darüber geredet, daß sich manche Unternehmer wie auch die Presse den Gelben gegenüber nicht entgegenkommend genug seien.

Ein Herr **Kupp**-Mittler referierte über „staatliche und private soziale Fürsorge“. Der Ton des Lobes nicht ge-

nug finden über die Unzulänglichkeit der Unternehmer, die freiwillig ungeachtet Millionen für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter opfern! Besondere Dank gebührt nach ihm dem — seligen Reichern von Stummel. Er motivierte sich natürlich die „sozialdemokratische Herrschaft“ in den Kantonskassen usw. und trat schließlich dafür ein — man denke ein angeleglicher Arbeitervertreter —, dem Staate nicht noch mehr sozialpolitische Lasten aufzubürden, weil darunter die Industrie und damit die Arbeiter leiden müßten!

Zum Schluß wurde noch eine lächerliche Komödie aufgeführt, indem auf Vorschlag des **Barons v. Reibnitz** eine Resolution angenommen wurde, die auspricht, daß die nationale Arbeiterbewegung steht und fällt mit der Größe und der Macht des Deutschen Reiches.

Wenn die Gelben Selben sich nicht einmal über die Meinliche Frage der Leitung zu einigen vermögen und zu dem Zweck noch eine besondere Konferenz haben müssen, dann wird es ihnen gewiß gelingen, die Sozialdemokratie in Grund und Boden zu vernichten! — Wie wäre es, wenn sie den Streikverbot Friedrich **Sinthe**, der sich in **Wobbit** so rühmlich hervorgetan hat, mit der „Leitung“ des gelben Arbeitervereins betrauten . . .

## Die englische Vetokomödie.

Aus London wird uns geschrieben:

Die langen Parlamentsferien gehen ihrem Ende entgegen und so macht sich denn auch wieder ein härteres Interesse für die schwebenden politischen Fragen kund. Die Regierung, die sich bisher mit verächtlichen begavten Manövern alljährig am Boden erhalten hat, ohne auch nur eine einzige ihrer großen Verpflichtungen und Verweigerungen einzuhalten, sieht nun wieder eine Anzahl gefährlicher Klippen vor sich. Die in den letzten Monaten fast verholene Frage des **Oberhauses** drängt sich jetzt wieder in den Vordergrund. Der **Earl** hat mit der Verhandlung und bei der verfahrenen Methode, die die Regierung im Unterhause zur Verfügung steht, kann er sich leicht verhängnisvolle Folgen bringen. Dazu kommt noch die **Schwarz**-Klage, die sich hier nicht so schnell von der Tagesordnung verdrängen wird; jedenfalls wird die Regierung während der Herbstferien genötigt werden in dieser für sie sehr verhängnisvollen Frage Farbe zu bekennen.

Vor allem ist es aber die Frage der Stellung des **Oberhauses**, die gefordert werden muß. Die namentlich erbärmliche Stellung, die die liberale Regierung in dieser Angelegenheit eingenommen, ist noch in aller Gedächtnis, wie sie offenen Wortbruch und Verrat heißt, dann, als die Iren über die Wüste vor die Welt traten, doch noch Anhalten zu einem ernsthaften Kampf gegen die Iren machte, bis schließlich der **Lord Edward VII.** ihr abermals Gelegenheit bot, die Sache der Demokratie zu vertreten. Die feindlichen Irden vorarmen sich gerührt am Gange ihres Königs, schloßen einen Gottesfrieden, und setzten sich an den grünen Tisch, um über das schwierige Problem der Oberhausfrage gemeinsam zu beraten. Was hinter den geschlossenen Türen des Konferenzzimmers bisher vorgegangen, davon hat weder die Öffentlichkeit, noch auch das Parlament das Mindeste erfahren. Bei der Verlegung des Parlaments ließ sich **Waquit** nur zu der Erklärung heben, daß die Verhandlungen bis dahin noch zu keinem Ergebnis geführt habe, aber ihre Verhandlungen fortsetzen werde. Die herzerlöbten Kommunikationen, daß die Konferenz wieder eine Sitzung abgehalten“ habe, sind denn in den letzten Tagen auch wieder zum Vorchein gekommen.

Allen, es dürfte der Regierung nach der Wieder-Eröffnung des Parlaments doch etwas schmerzlicher werden, in der bisherigen Weise weiter fortzuführen. Die offizielle Trauerzeit ist abgelaufen und so kann der Schindel vom Gottesfrieden wohl auch nicht länger fortgesetzt werden. Unruhige Elemente in beiden großen Parteien, die auf den Schutz ihrer Mandate bedacht sind, fragen, daß die Iren durch die Vetokonferenz aufgestaute Wut, in den politischen Versammlungen den Gestirnen und Ritualen zu schenken, ihre Aussichten für die nächste Wahl bedroht, und drängen deshalb auf eine Entscheidung. Noch gefährlicher für die Regierung können die Iren und unter Umständen auch die Arbeiterpartei werden, die auf die weitestgehende Verschleppung der Verfassungsfrage damit beantworten können, daß sie den Etat und mit ihm die Regierung zu Falle bringen. Und doch ist es gerade eine Entscheidung in der Verfassungsfrage, sei sie nun positiv oder negativ, die sowohl die Regierung wie auch die konservativen Führer am meisten fürchten. Denn diese würde, nicht nur im Falle des Mißlingens der Konferenz, sondern wahrscheinlich auch im Falle einer Einigung baldige allgemeine Wahlen notwendig machen, die keiner der Parteien gelegen kommen würden. Namentlich die Regierung wird zu manchen Kompromissen und Opfern bereit sein, wenn es ihr dadurch gelingt, wenigstens bis zum nächsten Herbst, also bis nach den Krönungsfestlichkeiten und während der **Polonialkonferenz**, die im nächsten Sommer stattfinden, ungehört am Ruder zu bleiben.

Es ist deshalb im höchsten Maße wahrscheinlich, daß die Regierung nach einem plebiszitären Votandum suchen wird, die Vetokonferenz bis in das nächste Jahr, knapp vor der Krönung, hinauszuziehen. Gelingt es, die Komödie so lange fortzuführen, dann wird es der Regierung ein Leichtes sein, unbequeme Fragen in dem Lärm der patriotischen Begeisterung zu erledigen.

In der Tat beuten manche Ansichten auf solche Absichten hin. Es werden jetzt sowohl in der konservativen als in der liberalen Presse Gerüchte verbreitet, wonach die Vetokonferenz noch lange Zeit nicht zu Ende sein werde, daß sie sich nicht nur

mit der engen Frage des Verbot der Iren beschränken werde, sondern daß sie eine völlige Umgestaltung der gesamten Verfassungsgrundlagen des britischen Reiches im Auge habe. Das Projekt ist so fein eingedacht worden, daß es nicht nur die Interferenz der Liberalen und Radikalen, sondern auch gleichzeitig die launelustigen, vorwärtsstürmenden Elemente der konservativen Partei, und zugleich auch die Iren für sich gewinnen soll. Das Resultat der Vetokonferenz soll ein ganz neues großes **Reichsparlament** — der Traum der konservativen Imperialisten — werden, aber auf Grund der weitgehenden Vergrößerung aller herrschenden Nationen. Home Rule all round — die Irenregierung für alle Iren heißt das neue Schlagwort. Sonntags für Irland, Sonntags für Wales und Sonntags für Schottland — und alle bürgerlich vereint in einem liberalen Reichsparlament in London, in das außerdem noch Kanada, Australien und Südamerika ihre Vertreter entsenden mögen. Die Iingos schlachten in die Hände, die Iren frohlocken, Lord George, der Prophet von Wales und des Radikalismus ist entsandt und das liberale Schottland nicht minder — und wo alles sich frohlich zusammenschließt, dort wird wohl auch die Arbeiterpartei nicht fehlen!

Grüßwürdige Gelehrter mögen an der vollen Wahrheit dieser hohen Kunde allgemeiner Harmonie zweifeln — allein das ist ja auch Verheißung. Soudatische ist, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß die Vetokonferenz wirklich etwas Wichtiges und Würdigenwertes vor habe, daß demnach ihre Fortsetzung bis in das nächste Jahr hinein gerechtfertigt sei, und daß den Iren und sonstigen unzufriedenen Elementen Aussichten vorgezeichnet werden, die sie von einer entsetzten feindseligen Haltung gegen die Regierung abhalten. Daß die Arbeiterpartei die einzige Reaktion ist, die bei diesem herrlichen Pläne ganz leer ausgeht, ist kein Zufall — und besagt die Regierung nicht zu beunruhigen. Sie hat ein anderes Mittel, um die Arbeiterpartei am Gängelbande zu führen und unschädlich zu machen: das **Oberhaus** — **Waquit**: Sowohl die Hoffnung, daß die Regierung die Revision des Urteils vornehmen, wie auch die Furcht, daß sie diese entfallen ablesen werde, wird, so kalkuliert Herr **Waquit** offenbar, die Arbeiterpartei schon im Saume halten.

So wird man sich, falls die Verhandlungen nicht in der alternativen Zukunft plötzlich zerfallen, auf einen zweiten, längeren Akt der Vetokomödie gefaßt machen müssen. Ob dann die Pläne der beiden herrschenden Parteien im einzelnen so fern gelingen, wie fern sie gelingen werden, hängt indessen noch von vielen (immer berechenbaren) Umständen ab. Das eine darf jedoch behauptet werden: Falls die Arbeiterpartei sich durch entschließt, in der Oberhausangelegenheit in der Weise aufzutreten, die ihrer eigentümlich und den dauernden Interessen der Arbeiterbewegung allein dienlich ist, dann kann es ihr nur recht sein, wenn die Rechtsfrage vorläufig noch vom Parlamente ausgeklammert bleibt. Sie kann dann die Herbstferien dazu benutzen, die definitive Erledigung dieser Angelegenheit zu erzwingen, sei es durch freiliches Nachgeben der Regierung, oder durch den schonunglosamen Kampf gegen die Regierung durch die Entfestigung des **Reichs** gegen kapitalistischen Rechtsraub.

## Aus den Nachbarkreisen.

Streikvereine treiben keine Politik.

In Dettfeld hat vor kurzem ein Herbst-Abendkonzert des Streikerverbundes aus dem **Wandfleber** **Geirg** gesagt, auf dem ein so gefährlicher Entgegen die Sozialdemokratie ausgesprochen worden ist, daß wir seine Verhandlungen einmal näher betrachten wollen. Einem **Reichsdirektor** **Blage** blieb es vorbehalten, etwas offener über das zu sprechen, was von den Streikervereinen als **Reichspolitik** betrachtet wird. Nach den Berichten fürte der Herr, über dessen sonstige Tätigkeit wir nichts erfahren, etwas folgendes aus:

„Unter Hinweis darauf, daß die Sozialdemokraten den Umsturz der jetzigen Verfassung, die Republik erstreben, ferner den Sozialismus und Atheismus predigen, betonte Redner, daß es Pflicht jedes Vereinsvorsitzenden sei, in seinem Verein für Aufklärung über die Zwecke und Ziele der Sozialdemokratie zu sorgen. Er habe wohl in den Staaten, daß die Streikervereine Politik nicht treiben dürfen, das beträfe aber nur die bürgerlichen Parteien. Wegen die antinationale Sozialdemokratie dürften und müßten die Vereinsmitglieder zu bewegen, daß sie für kommenden Reichstagswahl keinen Sozialdemokraten wählen.“

Zunächst einmal die Feststellung, daß der Herr keine Ahnung von dem hatte, worüber er sprach, nämlich von Sozialismus und Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten, so besauptet er, predigen Atheismus, d. h. die Gottesverleugung. Er will also sagen, daß sie das von Väterlichen und alle tun. Wo und wann das geschehen, verheißt er füglich und er tut wohl daran, denn bei weiteren Eingebungen in die Materie würde er wiederum sagen, was er gesagt. Und das soll dem Ansehen einer solchen Redebeitragen nicht ohne Erfolg sein. Gewiß gibt es Sozialdemokraten, die Atheisten sind und die Ausbreitung des Atheismus für förderlich halten, aber das ist ihre Privatangelegenheit. Es gibt auch sehr viele bürgerliche, hochangesehene Gelehrte, Künstler usw., die sich zum Atheismus bekennen und doch „reichsten“ sind. Wenn der Herr **Reichsdirektor** das Programm der Sozialdemokratischen Partei durchlesen wollte — er kann es auf Nachfragen von uns gratis bekommen — fände er darin den Satz: Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Sollte er nicht auch bürgerliche

**Pflanzenbutter**  
ein neuer  
Butter-Ersatz

Die anhaltende Steigerung der Naturbutterpreise hat mehr und mehr zur Verwendung geeigneter Butter-Ersatzmittel und namentlich der Pflanzenbutter-Margarine geführt. Von letzterer sind besonders beliebt von den **Bergh's** bekannte Marken

„**Palmkrone**“ und „**Palmstolz**“

die besten Naturbutter in jeder Verwendungsart gleichkommen. In allen einischig. Geschäften erhältlich.

